

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

Saubere Zukunft: Endlich wieder vom Boden essen!

"Unsere Vorbehalte waren falsch", gestehen die Grünen hinsichtlich des erfolgreichen Ordnungsdienst-Projektes ein. In den vergangenen Jahren hatten sie die Einrichtung von drei Stellen noch abgelehnt.

"Wir hatten damals gute Gründe, das Projekt abzulehnen", so Stadtverbandssprecher Bernd Lehmann, "aber es gehört auch zum guten politischen Stil, den Erfolg von anfangs umstrittenen Maßnahmen anzuerkennen und zu würdigen." Seit Anfang des Jahres sorgen drei zusätzliche, hoheitlich ausgestattete Ordnungskräfte für Sauberkeit und Sicherheit. Überzeugt von dem Erfolg der Ordnungsmaßnahme hat die Grünen letztendlich eine Aktion von Bürgermeister Ulrich Roland (SPD). Um zu beweisen, dass Gladbecks Straßen nachhaltig von Schmutz und Abfall gesäubert wurden, speiste dieser zuletzt vom Boden der Fußgängerzone.

"Ich muss eingestehen, dass die angedrohten Repressionen der schwarzen Scherriffs mehr Wirkung zeigen als die aufsuchende Sozialarbeit der Streetworker", ist Lehmann vom Erfolg sichtlich überrascht. Die

Menschen gingen wieder mit einem Lächeln und frei von jeglicher Angst durch die Stadt. Selbst Hunde und Katzen verkneifen sich ihre Notdurft - "Tretminen" kennt der Gladbecker nur noch aus den unsaubereren Nachbarstädten. Lehmann: "Der Erfolg des Ordnungsdienstes hat uns umgehauen!" Nachdem die Ordnungsdelikte durch die stadtweite Präsenz der drei uniformierten Beamten sprunghaft gesunken waren, zog der Landesbetrieb Bau NRW sogar den Bauantrag für die Erweiterung des Amtsgerichtes an der Schützenstraße zurück. "Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung ist ein Anbau obsolet", heißt es in der behördlichen Begründung.

Die Grünen überlegen



nun, für was die zusätzlichen Einnahmen, die aus den Bußgeldern für "auf die Straße spucken" oder auch „informell rumlungern“ erwirtschaftet wurden, verwendet werden sollen. In Abstimmung mit den anderen Fraktionen wolle man Teile des Geldes nutzen, um auch das Gladbecker Umland zu säubern. "Viele Bürger sind angewidert, wenn sie Gladbeck verlassen", so Lehmann. Das sei verständlich, denn Dreck sei hierzulande ja keiner mehr gewohnt. Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit wolle man in Schmutzstädten wie Dorsten oder Kirchhellen somit quasi Entwicklungsarbeit in Sachen Sicherheit und Ordnung betreiben. Hier sei das Geld gut angelegt, so ist man sich einig.

Der Kuschelkurs hat ein Ende – seit Jahresbeginn lässt Uli Roland Streife laufen, so dass Störenfriede nichts mehr zu lachen haben .

Grüner Antrag im Kulturausschuss: Antiquitäten in der „Furnithek“ vermieten

Wohin mit den historischen Möbeln aus dem Museumsbestand fragt sich der Kulturausschuss seit mehreren Jahren. "In die Wohn- und Schlafzimmer der Bürger", so die einfache Antwort der Grünen.

Der wertvolle Möbelbestand hat in den letzten Jahren schon eine kleine Reise hinter sich, wurde zunächst im Witringer Museum ausgestellt, dann in Schulkellern eingelagert und wurde aktuell in Räumlichkeiten der Maschinenhalle Zweckel deponiert. Mit der fachgerechten Unterbringung der zum Teil wertvollen Antiquitäten beschäftigte sich zuletzt der Kulturausschuss.

"Dem absurden Möbelrücken, das hier seit Jahren betrieben wird, müssen wir endlich ein Ende bereiten", ärgert sich Fraktionschef Mario Herrmann über den leidigen Werdegang der Ausstellungsstücke. Der Vorschlag der Grünen: die "Furnithek". Nachdem in der Stadtbücherei schon seit den 80er Jahren Kunstwerke und Unikate über die Artothek vermietet werden, sollen jetzt auch die Gladbecker Möbelstücke über die Bücherei den Weg in die Wohnstuben der Bürger finden. Den Begriff "Furnithek" haben die Grünen von der englischen

Bezeichnung "furniture" für Möbel abgeleitet.

"In den Wohnzimmern der Bürger sind die Möbel gut aufgehoben", ist sich Herrmann sicher. Auch aus der grünen Fraktion gäbe es schon Interesse an Leihstücken. So schwärmt Erika Hoth, Mitglied im Kulturausschuss, für einen Beistell-tisch aus der Renaissance. "Würde mir dieses Schmuckstück als Leihgabe zur Verfügung gestellt, würde ich es sicherlich auch restaurieren lassen", so die Kulturpolitikerin. Für Herrmann ist entscheidend, dass die Antiquitäten nicht weiter in irgendwelchen öffentlichen "Rumpelkammern" vergammeln und einer sinnvollen Nutzung

zugeführt werden. "Vor allem müssen wir aber weitere Kosten

verhindern", so der grüne Ratsherr. Diese könnten durch die Herrichtung der Räumlichkeiten in der Maschinenhalle entstehen. Die bauliche Umgestaltung ist notwendig, um die Antiquitäten einzulagern.

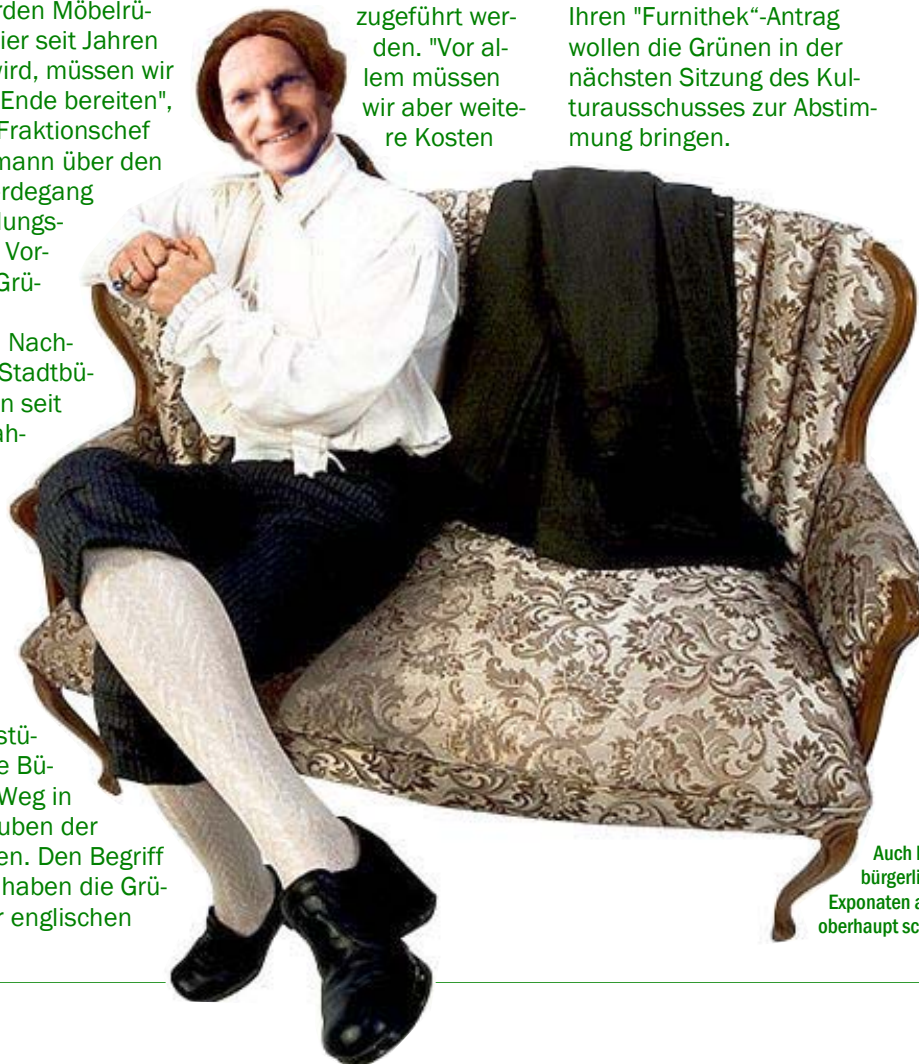
Damit die Möbel auch in sachkundige Hände geraten, soll eine Kommission des Kulturausschusses der Vermietung der einzelnen Exponate jeweils zustimmen. Bereits in der Vergangenheit hat der Kulturausschuss wiederholt und verantwortungsvoll die Möbelkontrolle an den Lagerorten vorgenommen und möchte sich deshalb auch diese Entscheidung nicht nehmen lassen.

Ihren "Furnithek"-Antrag wollen die Grünen in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses zur Abstimmung bringen.



In der Maschinenhalle haben die antiken Möbel zuletzt ein neues Domizil gefunden.

„Dem absurden Möbelrücken, das hier seit Jahren betrieben wird, müssen wir endlich ein Ende bereiten!“



Auch Bürgermeister Uli Roland (SPD) will die bürgerlichen Wohnstuben mit den städtischen Exponaten aufmöbeln. Stilgerecht saß das Stadtoberhaupt schon mal Probe.

Schlaglöcher in Bürgerhand

Grüne beantragen Änderung der Straßenreinigungssatzung

"Wir schaffen ´s einfach nicht mehr", das ist die resignierende Feststellung des Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/DIE Grünen, Mario Herrmann. Gemeint ist die Straßenunterhaltung.

Weil immer mehr Schlaglöcher, Risse und Pfützen die städtischen Straßen und Wege prägen und die klammen Kommunalfinzen eine Ausbesserung nicht mehr ermöglichen, wollen die Grünen die Grundstückseigentümer stärker in die Pflicht nehmen. Eine entsprechende Änderung der Straßenreinigungssatzung haben sie für die nächste Haupt- und Finanzausschusssitzung beantragt.

"Wir müssen den Realitäten ins Auge sehen", so Herrmann. Der Sanierungsstau allein für die schlimmsten Straßenabschnitte beläuft sich auf gut 2,6 Mio. Euro. Für die Unterhaltung von Straßen und Wegen stehen in diesem Jahr jedoch gerade mal 350.000 Euro zur Verfügung. Die Infrastruktur verfallt in Zeiten knapper Kassen zusehens. Mehrere Straßenabschnitte wurden wegen der Fahrschäden bereits mit Geschwindigkeitsbegrenzungen belegt. Betroffen hiervon ist auch die Horster Straße in Brauck. Die Grünen schlagen daher vor, § 2 der Straßenreinigungssatzung zu ergänzen und neben der Reinigung auch die Unterhaltung der Fahrbahn und Gehwege auf die Anlieger zu übertragen.

"Grundstückseigentümer sind dann verpflichtet, Asphalttrasse schnellstens ab-

zukleben und Schlaglöcher zu beseitigen", so der Grünenpolitiker. Die fachgerechte Ausführung sei im Interesse des Anliegers, da dieser zukünftig im Falle eines Unfalles hafte.

„Der Sanierungsstau für die schlimmsten Straßenabschnitte beläuft sich auf gut 2,6 Mio. Euro!“

"Das ist eine harte Entscheidung. Das ist uns bewusst", gesteht Herrmann ein. Im Gegenzug wolle man die Immobilienbesitzer steuerlich entlasten. Während SPD und BIG in den letzten Haushaltsberatun-

Die Straßenreinigungssatzung

Die Satzung über die Straßenreinigung in Gladbeck vom 17. Dezember 2001 regelt den Umfang und die Pflicht zur Reinigung der Fahrbahnen und Wege.

In § 2 heißt es: *„Die Reinigung der Gehwege der unter Ziffer 1 des Straßenverzeichnisses aufgeführten Straßen wird den Eigentümern der an die Gehwege angrenzenden und durch sie erschlossenen Grundstücke (§ 4) auferlegt.“*

Nach Vorstellung von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN soll dieser Paragraf um die Pflicht zur Unterhaltung und Ausbesserung des Deckenbelags von Fahrbahnen und Gehwegen ergänzt werden.

→ [zum Satzungstext](#)

gen noch eine Anhebung der Grundsteuer verfolgten und damit auf Mehreinnahmen von 350.000 Euro hofften, regen die Grünen eine Reduzierung der entsprechenden Hebesätze an. "Wer mehr Eigenverantwortung von den Bürgern verlange, der müsse ihnen auch den notwendigen Spielraum geben!", begründet Herrmann die Initiative seiner Partei. Auch könnten Hauseigentümer neuerdings Handwerksrechnungen von der Steuer absetzen. Auf diesem Wege werde indirekt der Bund doch an der Unterhaltung der städtischen Straßen beteiligt.

Sollte der Haupt- und Finanzausschuss dem Antrag der Grünen folgen, so wäre die VHS bereits gut vorbereitet. In Kooperation mit dem Ingenieuramt will sie eine Schulung für Bürgerinnen und Bürger mit dem Titel "Asphaltarbeiten fachgerecht ausführen" anbieten.



Die Grünen wollen handeln, bevor die Schlaglöcher zu tief werden!

„Wer Eigenverantwortung von den Bürgern verlangt, der muss ihnen auch den notwendigen Spielraum geben!“

*„Seien Sie nie mit einer einzigen Meinung zufrieden!“
(George Bernhard Shaw, 1856-1950, ir. Schriftsteller)*

R. N. Meinungsvielfalt
* 1. 03.1949 † 31.03.2006

Überraschend und unvorbereitet traf uns der Verlust. Hilflos hatten wir das schnelle Dahinscheiden hinzunehmen.



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de

Grün wirkt!

ALLE INFOS FINDEN SIE IM NETZ
UNTER
WWW.GRUENE-GLADBECK.DE

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

„...da schickt man den Narren, wohin man will !“

Seit der Kalenderreform Cäsars 45 vor Christi gilt der trügerische, wetterunbeständige April als vierter Monat des "Julianischen Jahres". Wann allerdings der Aprilscherz - getreu dem Motto "*Heute ist der erste April, da schickt man den Narren, wohin man will*" - aufkam, steht in den Sternen.

Der Aprilscherz bzw. das "In-den-April-schicken" ist in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert bezeugt und auch in den meisten anderen europäischen Ländern üblich.

Verschiedene Erklärungsversuche leiten den Aprilscherz davon ab, dass der

1. April als Geburtstag des Judas Ischariot Unglück verheißt, oder sie bringen den Brauch mit dem Herumschicken Christi "von Pontius zu Pilatus in Verbindung.

Möglicherweise wurde der Aprilscherz aber auch anno 1530 in deutschen Landen geboren. Beschloss doch damals der Augsburger Reichstag, zum 1. April 1540 das staatliche Münzwesen zu vereinheitlichen. Kurz vor dem Stichtag wurde der Termin indes vertagt - pekuniäre Spekulanten ernteten Spott und Hohn.

Urheberechte am "1. April" könnten aber auch die Franzosen beanspruchen.

1564 verlegte nämlich König Karl IX. das bis dato am 1. April gefeierte Neujahrsfest auf den 1. Januar. Wer dem nicht folgen wollte, galt seitdem als "April-Narr".

Auch in Amerika und Australien, Südafrika und Indien werden am "April Fool's Day" (Tag der Aprilnarren) Mitmenschen an der Nase herum geführt. Der ironisch-intellektuelle Charakter des Aprilscherzes lässt auch darauf schließen, dass dieser Brauch von gehobenen, vielleicht sogar fürstlichen Kreisen, die sich auf Kosten Untergebener amüsierten, ausgegangen ist.



Der gutgläubige Narr am „Fool's Day“